

Das Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt (BVD) hat am 06.10.09 das Abstimmungsplakat der Befürworter der Anti-Minarett-Initiative im Kanton Basel-Stadt verboten. Dabei bezieht sich das BVD in seinem Entscheid auf § 7 der Plakatverordnung. Gemäss Meinung des BVD und seines Sprechers ist das Plakat "rassistisch" und verbreitet "gezielt rassistische Ideologien".

Der Interpellant bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gemäss Aussage des BVD war für den Verbotsentscheid vor allem die Stellungnahme der Fachstelle "Integration und Gleichstellung" ausschlaggebend.
 - a) Weshalb wurde die Fachstelle überhaupt konsultiert?
 - b) Ist es nicht fragwürdig, einen solch wichtigen Entscheid von der Meinung einer Fachstelle abhängig zu machen, von der man weiß, dass zumindest die Mehrzahl der Mitarbeitenden dem Anliegen der Initianten negativ gegenüber steht und politisch motiviert entscheiden könnte?
 - c) Hat es bei der Entscheidung eine Rolle gespielt, dass Frau Elisa Streuli (Leiterin Fachstelle Integration und Gleichstellung) Mitglied der SP und die Führungsetage des BVD grossmehrheitlich linksgrün besetzt ist?
 - d) Inwieweit handelt es sich beim ablehnenden Bescheid um einen willkürlichen und politisch motivierten - evtl. gar von der linksgrünen Regierungsmehrheit forcierten - Entscheid?
 - e) Wurde für die Entscheidung auch die ERK und deren Präsident, der bekennende SVP-Gegner Georg Kreis, involviert?
2. Wieso wurde Regierungsrat Wessels wie in anderen Kantonen und Städten, in Anbetracht der heiklen politischen Entscheidung, von seiner Dienststelle nicht vorgängig in Kenntnis gesetzt?
3. Ist der Regierungsrat ebenfalls der Meinung, dass das Plakat gegen die Plakatverordnung verstößt?
 - a) Falls dies der Fall ist: Welche der drei auf dem Plakat aufgeführten Symbole (Schweizer Kreuz, Minarett, Frau mit Burka) sind nach Meinung des Regierungsrats rassistisch?
 - b) Hält eine solche Auslegung der Plakatverordnung nach Meinung des Regierungsrats der verfassungsmässig geschützten Meinungsäußerungsfreiheit stand?
4. Hat Mediensprecher André Frauchiger vom Regierungsrat die Legitimation erhalten, in der Sendung "Schweiz Aktuell" von SF eine politische Aussage zur Kampagne zu tätigen (Zitat man habe zur Vorlage "eine andere Meinung")?
5. Ist der Regierungsrat gewillt - auch angesichts der noch nicht ausgestandenen "Leserbriefaffäre" im ED - weiterhin politisch gefärbte Aussagen von Staatsangestellten während des Dienstes zu akzeptieren?

Sebastian Frehner